

Herrn
Oberbürgermeister Martin Horn

hpa-ratsbuero@stadt.freiburg.de

Freiburg, 04. März 2020

Antrag nach § 34 GemO

hier: Entwicklung einer kommunalen offensiven Informationsstrategie zur Inanspruchnahme von Wohngeld

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Horn,

die unterzeichnenden Fraktionen beantragen, dass die Verwaltung ein umfassendes Konzept für eine kommunale offensive Informationsstrategie zur Inanspruchnahme von Wohngeld erarbeitet und dem Gemeinderat zum Beschließen vorlegt.

Dieses Konzept soll u.a. folgende Punkte berücksichtigen:

- Versand von Informationsbroschüren an alle Freiburger Haushalte. Dieser könnte z.B. einhergehen mit dem Schreiben der städtischen Müllgebühren.
- Die Information in einfacher sowie verständlicher Sprache formulieren.
- Die Information mehrsprachig verfassen.
- Errichtung einer Info-Hotline, um niederschwellig über den Bezug von Wohngeld zu informieren.
- Einsetzen von Wohngeldberater_innen, ähnlich wie es auch ehrenamtliche Rentenberater_innen bei der Rentenversicherung gibt.

Begründung:

Nach wissenschaftlichen Erhebungen stellen nur circa ein Drittel der eigentlich Berechtigten einen Antrag auf Wohngeld. Gerade in Großstädten soll dieser Anteil noch geringer sein. Die Gründe hierfür sind vielfältig und wurden in dem Schreiben der Fraktion der Freien Wähler vom 12. November 2019 bereits aufgeführt.

Die unterzeichnenden Fraktionen sehen in dieser Maßnahme ein wirksames Mittel dem Anstieg der Mieten zugunsten antragsberechtigter Mieter_innen zu begegnen. In der Gemeinderats-Klausur zur Weiterentwicklung/Zukunft der Freiburger Stadtbau am 31. Januar 2020 nannte auch die Technische Geschäftsführerin der FSB, Dr. Szablewska unter dem Punkt „Soziales“, dass die FSB in ihren Wohnprojekten verstärkt Beratungsleistungen anbieten wolle, die u.a. die Mieter_innen über ihren Anspruch auf Wohngeld informieren sollen. Bei der Klausur wurde bereits zugesagt, dass die Stadt hierfür ein bis zwei Personen für einen festgesetzten Zeitraum zur Verfügung stellen will. Was wir sehr begrüßen.

Jedoch soll nach Ansicht der unterzeichnenden Fraktionen diese Information allen Freiburger Mieter_innen in einfacher und verständlicher Weise zugutkommen. Dies könnte beispielsweise im Wege einer ehrenamtlichen Tätigkeit geschehen, weshalb wir anregen ehrenamtliche Wohngeldberater zu finden und einzusetzen. Wir denken hierbei an engagierte Bürger_innen, z.B. auch ehemalig Mitarbeiter aus der Verwaltung. Somit wären auch die städtischen Mitarbeitende entlastet.

Unterstützend könnten hierbei Prof. Dr. Geissler-Frank sowie Prof. Dr. Helfferich von der Evangelischen Hochschule Freiburg mitwirken, die sich beide mit dem Thema „soziales Wohnen“ befassen.

Die Antwort auf das zweite Schreiben der Fraktion der Freien Wähler (19. Dezember 2019) mit dem Hinweis auf allgemeine Informationsmöglichkeiten für wohngeldberechtigte Bürger_innen hilft inhaltlich nicht weiter, da es gerade darum geht, den vorhandenen geringen Informationsstand deutlich zu verbessern.

Für den Verweis, dass eine offensive Informationskampagne rd. 18.000 Euro kosten würde, bedanken wir uns. Dieser Betrag wäre jedoch, gerade im Hinblick auf die aktuelle Wohnungssituation, nach Auffassung der antragstellenden Fraktionen, eine sinnvolle Investition. Daher bitten wir, das Thema „Entwicklung einer kommunalen offensiven Informationsstrategie zur Inanspruchnahme von Wohngeld“ auf die Tagesordnung des Gemeinderats zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Johannes Gröger
Fraktionsvorsitzender Freie Wähler



Kai Vesper
Stl.Fraktionsvorsitzender Freie Wähler

Gez. Vanessa Carboni
Bündnis 90/Die Grünen

Gez. Jan Otto
Bündnis 90/Die Grünen



Julia Söhne
Fraktionsvorsitzende SPD/Kulturliste



Walter Krögner
SPD/Kulturliste



Christoph Glück
FDP/BfF